



Protokoll

19. Sitzung des Landrates des Kantons Basel-Landschaft

Liestal, 10. Juni 1996

10.00–12.00 / 14.00 – 17.00 Uhr

Abwesend Vormittag:

Franz, Ammann, Willy Müller, Robert Schneeberger, Peter Tobler, Hans Rudi Tschopp, Robert Ziegler

Abwesend Nachmittag:

Franz Ammann, Thomas Hügli, Willy Müller, Robert Schneeberger, Hans Rudi Tschopp, Robert Ziegler

Kanzlei

Walter Mundschin

Protokoll:

Eugen Lichtsteiner, Erich Buser, Hans Artho

Index

Arbeitsplätze	
Fisk. Massnahmen zur Förderung u. Erhaltung .	435
Gesunde Fleischversorgung im BL	
Massnahmen zur Sicherstellung	435
Landratsbeschluss	431, 433
Luftreinhalteplan beider Basel	
Mitfinanz. interkant. Kampagne f. bessere Luft . .	431
Nachfolgestrategie	428
Standortbestimmung 1995	428
Mitteilungen	423
Persönliche Vorstösse	427
Pikettendienst	
Inkonvenienzentsch. und Entschädigung	433
Regierungsprogramm 1995–1999	423
Traktandenliste, zur	423
Überweisungen des Büros	428
Wasserbau	
Schaffung einer Fachkommission	428
Wirtschaftsregion "Nordwestschweiz"	
Erhaltung/Ausbau Standortattraktivität u. Wettbe-	
werbsfähigkeit	434

Traktanden

- 1 95/204
Berichte des Regierungsrates vom 14. November 1995 sowie der Spezialkommission vom 17. April 1996 und der Finanzkommission vom 10. Mai 1996: Regierungsprogramm 1995–1999
genehmigt 423
- 2 96/126
Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission vom 13. Mai 1996: Luftreinhalteplan beider Basel; Standortbestimmung 1995 und Nachfolgestrategie
zust. Kenntnis genommen 428
- 3 96/51
Berichte des Regierungsrates vom 5. März 1996 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 13. Mai 1996: Kredit für die Mitfinanzierung einer interkantonalen Kampagne für eine bessere Luft gemäss Luftreinhalteplan beider Basel
beschlossen 431
- 4 96/103
Postulat von Eva Chappuis vom 18. April 1996: Inkonzienzentschädigung und Entschädigung für Pikettdienste
abgelehnt 433
- 5 96/83
Postulat von Peter Brunner vom 25. März 1996: Schaffung einer Fachkommission Wasserbau
abgelehnt 434
- 6 96/70
Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 14. März 1996: Erhaltung bzw. Ausbau der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsregion "Nordwestschweiz". Antwort des Regierungsrates
beantwortet 434
- 7 96/84
Postulat von Peter Brunner vom 25. März 1996: Fiskalische Massnahmen zur Förderung und Erhaltung von Arbeitsplätzen
überwiesen 435
- 8 96/108
Interpellation von Peter Brunner vom 18. April 1996: Massnahmen zur Sicherstellung einer gesunden Fleischversorgung im Kanton Basel-Landschaft. Antwort des Regierungsrates
beantwortet 435

Folgende Traktanden wurden nicht behandelt:

- 9 96/65
Motion von Peter Brunner vom 14. März 1996: Zusammenlegung der Stellen des Ombudsmann und des Büros für Gleichstellung von Frau und Mann
- 10 96/119
Interpellation von Dieter Völlmin vom 29. April 1996: Verunsicherung der Bevölkerung infolge von Einbruchserie und Gewaltkriminalität. Antwort des Regierungsrates
- 11 96/120
Interpellation von Urs Steiner vom 29. April 1996: Bewilligung für die Durchführung von Lotterien - Uebergangslösung für das Laufental. Schriftliche Antwort vom 28. Mai 1996
- 12 96/71
Interpellation von Heinz Giger vom 14. März 1996: Bevorstehende Rechtschreibereform. Antwort des Regierungsrates
- 13 96/125
Motion von Karl Rudin-Hauswirth vom 9. Mai 1996: Einführung des 10. Schuljahres im Kanton Baselland

Nr. 436

Mitteilungen

Zu Beginn der Sitzung wird in einer Schweigeminute Alt-Landrat Kurt Degen gedacht, der in der vergangenen Woche beerdigt wurde.

Landratspräsidentin **Liselotte Schelble** gratuliert Matthias Zoller zum 20. Geburtstag.

Landratspräsidentin **Liselotte Schelble** teilt den Rücktritt von Katharina Furler aus dem Landrat mit. In einem kurzen Schreiben bedankt sich Katharina Furler für die vielen freundlichen Begegnungen und guten Gespräche.

Fritz Graf weist auf eine Aktion des Milchhüsli Liestal hin: 'Baselbieter Yoghurt' (wer will schon zürcher Yoghurt?). Die Aktion dauert bis zum Herbst.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Landeskanzlei*

*

Nr. 437

Zur Traktandenliste

Keine Wortmeldungen.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Landeskanzlei*

*

Nr. 438

1 95/204

Berichte des Regierungsrates vom 14. November 1995 sowie der Spezialkommission vom 17. April 1996 und der Finanzkommission vom 10. Mai 1996: Regierungsprogramm 1995–1999

Vizepräsident der Spezialkommission **Oskar Stöcklin**: Bei der Behandlung eines Regierungsprogramms für vier Jahre ist man versucht, staatsmännische Worte zu verlieren und gescheite Leute zu zitieren, die Dinge gesagt haben wie "Couverner c'est prévoir" oder, frei auf deutsch, "Planen ist das Ersetzen des Zufalls durch den Irrtum".

Wenn ich auf solche Zitate verzichte, so entspricht das sowohl der Lage, in der sich unser Staatswesen befindet, als auch der Form und dem Inhalt des Programms.

Die wichtigste Frage, die sich heute stellt, ist die Frage: wie kann der Staat seine Aufgaben so effizient und bürger-nah wie möglich erfüllen, wie kann er mithelfen, dass sich möglichst alle Menschen in seinem Gebiet wohl fühlen und sich nach ihren Möglichkeiten entfalten können. Das vor dem Hintergrund von knappen Finanzen, schlechten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, einer gefährdeten Umwelt und für viele Menschen düsteren Zukunftsaussichten. In dieser Situation braucht es in einem Regie-

rungsprogramm klare Ziele, die in der festgelegten Zeit – in vier Jahren – erreicht werden können.

Nach Meinung der Kommission entspricht das Programm der Regierung im wesentlichen diesen pragmatischen Anforderungen. Das Programm verzichtet auf hochgesteckte, nicht erreichbare Wunschziele und zeigt nüchtern, was für diese Legislaturperiode vorgesehen ist und mit einiger Anstrengung von Regierung, Parlament und Bevölkerung auch verwirklicht werden kann.

Diese Nüchternheit kommt auch in der Form zum Ausdruck. Im Gegensatz zu den letzten Programmen haben wir eine schlichte Vorlage vor uns, an der auch die Kommission wagte, Veränderungen vorzunehmen. Im weiteren kam die Regierung dem Auftrag des Landrats nach, das Programm einfacher zu gestalten und sich auf die Schwerpunkte zu beschränken.

Im übrigen dürfen wir das Regierungsprogramm nicht überbewerten. Es ist zwar wichtig, denn ohne klare Vorstellungen wohin wir mit unserem Kanton wollen und welche Ziele wir ansteuern wollen, dürfen wir nicht in die Zukunft starten, das wäre fahrlässig. Darum schreibt unsere Verfassung ein Programm vor, verlangt, dass es vom Landrat genehmigt wird und erklärt es als bindend. Natürlich ist das keine rechtliche Bindung. Über alle Inhalte des Programms muss noch im einzelnen entschieden werden, sei es durch Regierung, Parlament oder Volk. Das Programm ist aber so etwas wie politische Leitplanken, an die wir uns halten wollen und nach der Genehmigung auch müssen. Dazu kommt, dass die Zeit so schnell vorangeht und von aussen so schnell neue Situationen geschaffen werden, dass das Programm immer wieder überprüft und angepasst werden muss. Das haben wir sogar während der kurzen Zeit der Kommissionsberatung erfahren.

Zur Kommissionsarbeit: Nach dem neuen Landratsgesetz kann der Landrat das Programm behandeln wie eine gewöhnliche Vorlage. Die Kommission hat davon Gebrauch gemacht, hat einige Stellen geändert und von der Regierung Ergänzungen verlangt. Die Kommissionsarbeit war sehr befriedigend. Die Mitglieder der Regierung haben offen und detailliert Auskunft gegeben, Aufträge bereitwillig entgegengenommen und prompt ausgeführt. Die Diskussionen gingen oft über den text der Vorlage hinaus und waren für alle Beteiligten recht interessant.

Federführend für die Erstellung des Programms war die Finanz- und Kirchendirektion. Ich danke im Namen aller Kommissionsmitglieder Herrn Rudolf Messerli für die kompetente Begleitung der Kommissionsarbeit und für die prompte Nachführung des Programms.

Ganz persönlich bedanke ich mich beim Kommissionspräsidenten Robert Piller. Leider musste er während der Arbeit aus gesundheitlichen Gründen aussetzen. Er hat die Kommissionsarbeit vorzüglich organisiert und die ersten Sitzungen so gut geleitet, dass etwas Brauchbares entstehen konnte.

Änderungen der Kommission: Die Kommission hat einige inhaltliche Ergänzungen beschlossen und im Einvernehmen mit dem Regierungsrat in das Programm aufgenommen.

Wichtigster Punkt sind die Zielsetzungen. Auf Beschluss der Kommission haben die Mitglieder der Regierung Ziele

formuliert und sie den einzelnen Abschnitten vorangestellt. Sie sind in der neuen Fassung in Kästchen gesetzt.

Im weiteren wurden verschiedene inhaltliche Ergänzungen vorgenommen und Themen eingefügt, die den Kommissionsmitgliedern wichtig erschienen. Es sind folgende:

1.3 Beziehungen Kanton Jura

2.3 Steuern; Ausbau der Revision

2.4 Finanzen; Kontrolle der Subventionen

6.1.4 Universität Basel

6.1.5 Fachhochschulen

Diese Ergänzungen sind nicht besonders hervorgehoben. Sie bilden zusammen mit dem ursprünglichen Programm einen Guss. Es ist also zu einem echten Gemeinschaftswerk geworden. Selbstverständlich ist es aber immer noch ein Regierungsprogramm.

Der Finanzplan wurde parallel von der Finanzkommission behandelt. Ihre Erkenntnisse sind in einem Mitbericht dargelegt und werden von ihrem Präsidenten vertreten.

Die Spezialkommission empfiehlt Ihnen einstimmig, das Programm so, wie es jetzt vorliegt, zu genehmigen.

Roland Laube zum Mitbericht der Finanzkommission: Die Finanzkommission beschränkte sich darauf, die Zahlen des Finanzplans 95–99 zu beurteilen. Der Finanzplan ist ein rollendes Planungsinstrument, der periodisch den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden muss. In diesem Sinne beantragt die Finanzkommission, den Finanzplan zu genehmigen.

Der Selbstfinanzierungsgrad wird von der Kommission äusserst skeptisch angesehen. Nach Meinung der Kommission sollte bis 1999 ein minimaler Selbstfinanzierungsgrad von 75% erreicht werden, was immer noch eine Verschuldung bedeutet, wenn auch in einem akzeptablen Ausmass. Sollten Schulden wieder einmal abgebaut werden, wäre es spätestens nach 1999 notwendig, eine Selbstfinanzierung von 100% zu erreichen. – Die Minimalzielsetzung von 75% wird deutlich verfehlt (96–99 Fehlbeträge von 20–70 Mio). Die laufende Rechnung müsste um diesen Fehlbetrag verbessert werden. – In der Regierungsvorlage vermisst man einen Hinweis, wie diese Verbesserung erreicht werden könnte; deshalb schlägt die Kommission vor, an die Genehmigung des Regierungsprogramms die Auflage zu knüpfen, dass Massnahmen ergriffen werden, die zu einer Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrades auf mindestens 75% führen müssen. Die Kommission ist sich bewusst, dass es sich um eine sehr hohe Zielsetzung handelt, weiss aber auch, dass die Verschuldung trotzdem noch zunehmen wird.

Eintretensdebatte

Beatrice Geier: Das Neue hat sich bewährt, wenn auch das Resultat dem einen oder anderen vielleicht etwas zu zaghaft ausgefallen ist. Politische Prozesse aber brauchen Zeit. – Die FDP wünschte sich seitens der Regierung mehr Mut, sich auf klare und verbindliche Ziele festzulegen. – Die FDP beantragt, das Programm zu genehmigen.

Bruno Krähenbühl: Das Regierungsprogramm stösst bei unserer Fraktion auf unterschiedliche Akzeptanz. Der eine Teil lobt den pragmatischen Stil, der andere vermisst inno-

vative Ideen, visionäre Aussagen zum Bild unseres Kantons im nächsten Jahrtausend. – Trotz der unterschiedlichen Auffassungen ist die SP-Fraktion für Eintreten. – Die grösste Schwachstelle des Programms ist der Punkt 1.1 'Finanzielle Rahmenbedingungen'; die Regierung spricht von der Dringlichkeit, eine neue Balance zu finden zwischen den verfügbaren Mittel und den Erwartungen der Bürger an unseren Staat; Lösungsvorschläge aber finden sich keine im Programm. – Eine weitere Verschuldung des Staates soll vermieden werden, aber andererseits weist der Regierungsrat darauf hin, dass in wirtschaftlich nicht so rosigen Zeiten nicht nur gespart, gestrichen und abgebaut werden darf. Die Regierung setzt auf das Prinzip Hoffnung: Auf die wirkungsorientierte Verwaltungsführung. Diese Hoffnung ist sehr problematisch; wir müssen mit einer harten Landung auf dem Boden der Realität rechnen. – Den Selbstfinanzierungsgrad von 75%, den die Finanzkommission vorschlägt, unterstützen wir. – Alle Ausgaben, die sich nicht beschäftigungswirksam auswirken, müssten unter die Lupe genommen werden. – Das Steuergesetz müsste so angewandt werden, dass alle die Steuern bezahlen, die sie auch schulden. Die SP steht dafür ein, dass nach dem Motto 'Wer kann, soll mehr bezahlen' mehr Einnahmen erwirkt werden.

Patrizia Bognar zeigt sich beeindruckt von der rollenden Planung sowie dem Sparwillen und -gedanken, der das ganze Programm prägt. Niemand sei glücklich, wenn der Kanton sich immer mehr in Schulden verstricke. – Ich habe eine Vision für unseren Kanton: Anstelle Geld für Luxusstrassen, Spitäler usw. zu verzetteln, müssten wir Geld und Kräfte für eine gesündere und glücklichere Welt einsetzen. Wenn wir bescheidener werden, brauchen wir plötzlich keinen Luxus mehr. – Die EVP/SVP-Fraktion ist für Eintreten.

Gregor Gschwind: Die CVP-Fraktion stimmt dem Regierungsprogramm zu. Die Ziele sind realistisch und klar formuliert worden. – In der Kommission war oft die Rede von rollender Planung; in der Jahresplanung können wir beobachten, wie diese Planung abläuft. – Ob Visionen wirklich ins Programm gehören, darüber kann gestritten werden. Die wirkungsorientierte Verwaltungsreform wird hoffentlich nicht einfach ein Wort bleiben. – Regierung und Verwaltung haben sich viel vorgenommen. Auch der Landrat wird nicht von Arbeit verschont bleiben. – Die Regierung möge das Wesentliche immer im Auge behalten, vor allem, dass man den Bürger mehr wahrnimmt

Rudolf Keller: Das Regierungsprogramm muss nach Meinung der SD sehr, sehr vorsichtig genossen werden. Was heute möglich scheint, kann morgen schon nicht-machbar sein. – Regierung und Landrat sind einem dynamischen Wandlungsprozess ausgesetzt und je länger je mehr gefordert, flexibel auf veränderte Gegebenheiten zu reagieren. Eine Finanzprognose für die nächsten Jahre zu stellen ist ein Unding. – Zwar sagen wir Ja zum Regierungsprogramm, jedoch mit grossem Vorbehalt. – Die Behandlung in der Kommission war zwar schön und gut, aber eigentlich fast überflüssig. Man kann dem Programm zustimmen, weil absolut nichts beschlossen wird.

Alfred Zimmermann: Die Grünen unterstützen im allgemeinen das Programm, auch wenn das Visionäre fehlt. Im Pragmatischen könnte die eine oder andere Vision doch noch aufgenommen werden. – Rudolf Keller hat das Programm sehr relativiert. Ich entgegne ihm: Ein guter Improvisator ist jener, der ein gutes Programm hat, und Korrekturen anzubringen in der Lage ist; es wäre schwach, sich von vornherein keine Ziele zu setzen. Wir unterstützen das Arbeiten mit Zielsetzungen (dies ist im Sinne der wirkungsvollen Verwaltungsführung). Nach vier Jahren können die Fehler und Fehlleistungen besser bewertet werden. Die wirkungsvolle Verwaltungsführung sollte auch für den Landrat zum Beispiel genommen werden: Arbeiten wir wirklich effizient? – Der Ausbau der Steuerrevisionen gab in der Kommission zu reden. Die gute Steuermoral soll aufrecht erhalten werden; die Grünen wollten das Wort 'Steuerhinterziehung' im Programm stehen sehen, stellten aber fest, dass den Bürgerlichen dieses Wort eher suspekt ist. – Auch Mehreinnahmen sind zur Verbesserung der Staatsfinanzen kein Tabuthema für die Grünen. – Eine sehr hohe Zielsetzung hätten wir gerne auch bei der Landwirtschaft gesehen. – Bei der Raumplanung müssten endlich die ökologischen vor den ökonomischen Anliegen durchgesetzt werden. – Die Luftbelastung ist unser grösstes Sorgenkind. Dieses Problem liegt bei der Regierung, die endlich handeln sollte, auch wenn sie sich damit unbeliebt macht im Volk.

Detailberatung

Einleitung

Bruno Krähenbühl zu Ziffer 1.3 'Beziehung zu Gemeinden, Region und Eidgenossenschaft': Die SP ist für die Realisierung eines einheitlichen schweizerischen Binnenmarkts; es soll auf kantonale Eigenheiten verzichtet werden (etwa Amtsnotariat, Steuergesetzgebung). Wir fragen die Regierung, ob sie gewillt ist, auf gewisse kantonale Sonderwege zu verzichten.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Der Regierungsrat hat sich noch nie gegen eine Liberalisierung des Binnenmarkts gestellt. – Was die erwähnten Amtsnotariate betrifft, so waren die Vernehmlassungen für die Regierung eine gewaltige kalte Dusche. – Wenn man aber vom Binnenmarkt spricht, so wäre auch das Gegenrecht sehr schön: Der Föderalismus soll so ausgestaltet sein, dass den Kantonen die Möglichkeit gegeben wird, auf ihren Gebieten tätig zu sein, ohne dass der Bund laufend dreinschwatzt.

Finanz- und Kirchendirektion

Keine Wortmeldungen.

Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

Bruno Krähenbühl zur Gesundheitspolitik: Man spricht vom Wettbewerb im Gesundheitswesen. Es ist schwer abzuschätzen, welche Folgen dies haben wird. Die SP macht ein grosses Fragezeichen dahinter, das Thema Gesundheit ganz dem Wettbewerb und dem Markt zu

unterstellen. Wir befürchten eine Zweiklassen-Gesellschaft. Wir bitten die Regierung, die Entwicklung genaustens zu beobachten und falls nötig die Notbremse zu ziehen.

Zur Wirtschaftspolitik: Die Weichen zur Wirtschaftspolitik werden ausserhalb der Politik gestellt. Sie kann höchstens die Rahmenbedingungen beeinflussen. Das soziale Netz darf keine Löcher bekommen; die Solidarität zwischen jenen, die Arbeit haben, und den anderen, die keine Arbeit finden, gilt es unbedingt zu erhalten.

Alfred Zimmermann zu 3.2.3 'Landwirtschaft': Wir stellen folgenden Antrag:

“Die Baselbieter Landwirtschaft soll bei der Umstellung zur neuen Agrarpolitik initiativ und engagiert unterstützt werden. Insbesondere ist die ökologische Ausrichtung zu fördern.”

Bereits vor der Abstimmung ist bekannt geworden, dass der Bauernverband einen Vorschlag auf den Tisch legen will, der die geplanten ökologischen Ziele stark verwässert. Dagegen wehren wir uns. – Es gibt immer noch schwarze Schafe unter den Bauern, die stark sündigen. Hier darf es an den nötigen Kontrollen nicht mangeln.

Regierungsrat Eduard Belser: Gegen den letzten Satz des Antrags haben wir nichts einzuwenden. – Was 'initiativ' und 'engagiert' betrifft: Fast alles, was die Regierung tut, macht sie engagiert. Hingegen setzt 'initiativ' ein falsches Signal: Ich möchte, dass die Initiative vor allem von den Bauern kommt; die Stossrichtung muss stets von den Leuten kommen; wir können dann Unterstützung leisten.

Alfred Zimmermann erklärt sich damit einverstanden, das Wort 'initiativ' zu streichen.

://: Der Antrag der Fraktion der Grünen wird angenommen. – Damit lautet die Zielformulierung 3.2.3:

“Die Baselbieter Landwirtschaft soll bei der Umstellung zur neuen Agrarpolitik engagiert unterstützt werden. Insbesondere ist die ökologische Ausrichtung zu fördern.”

Bau- und Umweltschutzdirektion

Jacqueline Halder: Ich befürworte, dass Strassenbau und ÖV in der gleichen Direktion angesiedelt sind, möchte aber wissen, wie die Tendenz in den nächsten 10 Jahren beim ÖV gesehen wird: Wird der ÖV weiterhin kontinuierlich abgebaut, oder bleibt alles beim alten?

Regierungsrätin Elisabeth Schneider: Die Erhaltung der bestehenden Strassen gehört zu unseren wichtigsten Aufgaben. Je nach den uns vom Landrat zur Verfügung gestellten Mittel können wir mehr oder weniger machen. Die qualitative Hebung des ÖV liegt uns sehr am Herzen (Grüne Linie, Rote Linie). Die Tendenz richtet sich nach der Nachfrage (Kosten/Nutzen-Frage). Linien, die rege genutzt werden, bleiben sicherlich voll erhalten, wenn sie nicht gar ausgebaut werden. Allerdings: Die Mittel müssen vom Landrat zur Verfügung gestellt werden.

Bruno Krähenbühl zum Lärm: Die SP vermisst das Thema Verkehrsberuhigung. Wir befürchten eine Verslumung bei Häusern, die an stark befahrenen Strassen liegen. – Wir gratulieren Elsbeth Schneider aber zum Programm, worin das Ökologische trotz der wirtschaftlich düsteren Lage nicht zu kurz kommt.

Regierungsrätin Elsbeth Schneider: Welcher Lärm auch immer – er liegt allen am Herzen. – Wir machen mit Verkehrsberuhigungsmassnahmen weiter, auch wenn wir die Leute zum Teil damit verärgern. Wir versuchen, das Sinnvolle in dieser Richtung zu tun.

Roland Meury: Bei der letzten Debatte stellten wir einen Zusatzantrag auf Eruerung, was eine Temporeduktion erbringen würde. Wie sieht es damit aus?

Regierungsrätin Elsbeth Schneider: Die Untersuchung liegt wohl noch in der Schublade.

Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

Christoph Rudin: Der Massnahmenkatalog ist beeindruckend; doch bedaure ich, dass gegen die enorme Belastung der Gerichte nichts unternommen wird.

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Es ist einfach nicht alles gleichzeitig machbar. – Die ausserordentlichen Gerichtspräsidien werden demnächst auf den Tisch kommen (Dekret). – Die Belastung der einzelnen Bezirksgerichte ist unterschiedlich. Ich habe es nicht gewagt, dieses Problem im Programm aufzunehmen. – Sobald die Strafprozessordnung fertigbehandelt ist, wird man sich der anderen Themen annehmen können.

Adrian Ballmer: Ist dem Justizdirektor bewusst, dass die Amtsdauer der gerichtlichen Behörden am 31. März 1998 abläuft, sie dann für weitere vier Jahre gewählt werden und man sich provisorische Massnahmen überlegen müsste, falls man an der Regelung etwas ändern möchte?

Regierungsrat Andreas Koellreuter: Via Dekret können wir gewisse Massnahmen bereits ergreifen. Der Landrat hat die Möglichkeit, Prioritäten zu setzen und das Notariatsgesetz, die Revision des Wirtschaftsgesetzes usw. zurückzustellen. Aber das müsste heute gesagt werden. Überdies braucht die Justiz- und Polizeikommission Zeit für das Verarbeiten dieser Aufgaben.

Erziehungs- und Kulturdirektion

Claudia Roche Engler zum Bildungsgesetz: Wann soll über die Initiative abgestimmt werden?

Barbara Fünfschilling: Es überrascht mich, das Thema Blockzeit hier zu finden; wir hätten doch bereits jetzt eine Vorlage haben müssen. – Zur Verkürzung der Zeit bis zur Matur: Wie sieht es mit einer Abstimmung darüber aus?

Hildy Haas zu Seite 20 'Der Amtsauftrag für Lehrkräfte soll umfassend modernisiert werden.' Kann der Erziehungsdirektor etwas zum Zeitrahmen sagen?

Karl Rudin: Wo liegen die Zielsetzungen für die Sekundarstufe I?

Regierungsrat Peter Schmid zur Initiative: Eine Vorlage der Regierung ist freigegeben worden; sie wird in einer ersten Runde einige Grundsatzfragen der Bevölkerung unterbreiten. Mit anderen Verhandlungspartnern habe ich die Diskussionen abgeschlossen. In den nächsten Tagen wird der Regierungsrat einen Grundsatzentscheid treffen müssen, ob ein Vernehmlassungsverfahren noch nötig sein wird, oder ob direkt verhandelt werden kann. Geplant ist, dass noch dieses Jahr eine Abstimmung vorgenommen werden soll. Es ist von den Initianten signalisiert worden, dass eine Einigung im Bereich des Möglichen liege. – Zu den Blockzeiten: Das Thema liegt zur Zeit zum Mitbericht bei der FKD; es ist also nicht finanzneutral. Auf das Schuljahr 97/98 könnten die umfassenden Blockzeiten in Kraft treten. – Zur Gymnasialverkürzung: Der Regierungsrat nahm Stellung zu den Vorschlägen der EKD. Ganz knapp fiel der Entscheid aus, die Vorlage zur Vernehmlassung freizugeben. Abgesehen von einem Communiqué der FDP habe ich bisher ausschliesslich Gegner einer Verkürzung gefunden. Erschwerend ist, dass gleichzeitig das neue Maturitäts-Anerkennungsreglement umgesetzt werden muss. – Zum Amtsauftrag: Er ist parallel gestaltet zur Bildungsgesetzreform. Es braucht eine Änderung des Beamtengesetzes sowie des Schulgesetzes (in Form eines Bildungsgesetzes). – Zur Sekundarstufe I: Eine grosse Sorge – wenn nicht gar Angst – vor einer Gesamtschule ist aufgekommen, was völlig absurd ist. Man wünscht eine Weiterentwicklung des Bestehenden; also wird es bei der Dreigliedrigkeit bleiben.

Landratspräsidentin **Liselotte Schelble** hofft, dass die Landräte ab und an einen Blick ins dieses Programm werfen, um sich über den Stand der Dinge zu informieren.

Adrian Ballmer möchte den Gottesdienst nicht stören, meint aber, das Programm sei schlichtweg nicht finanzierbar. – Wir haben alles fest im Griff auf einem sinkenden Schiff. – Das Regierungsprogramm enthält derart viele Prioritäten, dass Prioritäten mangels Posterioritäten nicht mehr Prioritäten sein können. – Regierung und Finanzkommission sind sich einig, dass mittelfristig das Investitionsprogramm auf Netto 165 Mio zu verstetigen ist, und der Selbstfinanzierungsgrad der Investition 75% betragen soll. Darauf ausgerichtet müsste auch der Finanzplan des Regierungsprogramms sein. Mit diesem Finanzplan kann man das Regierungsprogramm nicht genehmigen, ohne die finanziellen Möglichkeiten zu berücksichtigen. Dem Antrag der Finanzkommission muss gefolgt werden.

Urs Baumann zum Selbstfinanzierungsgrad von 75%: Man sollte Ziele angeben, vor allem dann, wenn eine wirkungsorientierte Verwaltung eingeführt werden soll. Wenn man die Investitionen nicht mehr selbst finanzieren kann, dann heisst es irgendwann bei jeder Bank: Ende der Stange, der Kredit wird gekündigt. – Es hätte aufgezeigt werden sollen, wie man die 75% erreichen will. – Man kann nicht mehr Steuern eintreiben, und gleichzeitig die Wirtschaft fördern. Der Weg geht eindeutig über die Ausgaben. – Mit der heutigen Politik schieben wir das Schulden-

abzahlen einfach hinaus. Wir alle müssen uns auf kurzfristiger ablaufende Prozesse in der Politik einrichten. – Attraktiv ist es nicht, wenn ein Kanton immer mehr Schulden produziert, um früher oder später die Steuern zu erhöhen. – Bei der Finanzplanung muss man Visionen bringen.

Bruno Krähenbühl zu Urs Baumann: Wo wollen Sie sparen? Ich möchte das ganz konkret wissen.

Urs Baumann: Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, die konkreten Sparpläne aufzuzeigen.

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Der Finanzplan beinhaltet bereits das, was in den nächsten vier Jahren erreicht werden kann. – Wenn eine Aussage fehlt: Wir wollen in dieser Legislaturperiode keine Steuererhöhung vornehmen. – Wenn sich hier alle einig sind, dass der Finanzplan nicht genügt, so ist es natürlich, dass die eine Seite mehr Steuern will, die andere weniger Ausgaben wünscht. – In der Einleitung sagen wir bereits: Hier wird die Basis für die nächsten Massnahmen gelegt. Wir möchten aufzeigen, was die Leistungen des Staates kosten. Erst dann kann diskutiert werden, was für diese Leistungen auch ausgegeben werden darf. – Im Finanzhaushaltsgesetz haben wir die Basis für die Definition der Leistungsaufträge gelegt. Jetzt müssen wir sie noch einführen. – Wie kommen die Ausgaben zustande: Die grössten Ausgaben sind die Personalausgaben; und hier wird ja etwas getan (Personalgesetz, Besoldungsrevision). Der nächste Posten sind Beiträge/Finanzaustausch mit den Gemeinden (Aufgabenteilung zwischen Kanton und Gemeinden). Auch darüber werden wir in der nächsten Zeit sprechen. – Welches sind die grossen Ausgabensparten? Die Bildung. Auch hier steht ein neues Bildungsgesetz an. Dann die Gesundheitsausgaben: Letzten Sonntag hat das Volk über die Gesundheitsausgaben entschieden. – Realistisch ist, dass bei den anfallenden grossen Arbeiten hier im Landrat die Weichen für die finanzielle Zukunft gestellt werden.

://: Der Antrag der Finanzkommission wird grossmehrheitlich angenommen. Er lautet:

1. *Der Finanzplan ist als Bestandteil des Regierungsprogrammes 1995–1999 im Sinne eines Planungsinstrumentes zu genehmigen;*
2. *an diese Genehmigung ist die Auflage an den Regierungsrat zu knüpfen, Massnahmen in der laufenden Rechnung zu ergreifen bzw. vorzuschlagen, die zu einer Verbesserung des Selbstfinanzierungsgrades auf mindestens 75% führen.*

://: Mit grossem Mehr wird das Regierungsprogramm 1995–1999 genehmigt.

Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Landeskanzlei

*

Begründung der persönlichen Vorstösse

Nr. 439

96/148

Motion von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 10. Juni 1996: Versand von Medikamenten

Nr. 440

96/149

Motion von Ludwig Mohler vom 10. Juni 1996: Kostenwahrheit bei der Ausbauvariante der Rheinstrasse im Bereich von Liestal/Frenkendorf/Füllinsdorf

Nr. 441

96/150

Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet

Nr. 442

96/151

Postulat von Claudia Roche vom 10. Juni 1996: Anerkennung des Instrumental-Unterrichts als Wahlfach an der Sekundarstufe 1

Nr. 443

96/152

Interpellation von Esther Aeschlimann-Degen vom 10. Juni 1996: Wirksame Massnahmen um den Designer-Drogen-Boom zu begegnen

Nr. 444

96/153

Interpellation von Andres Klein-Pfister vom 10. Juni 1996: Zusammenarbeit mit der Bundespolizei

Nr. 445

96/154

Interpellation von Rolf Rück vom 10. Juni 1996: Gesamt-sanierung Römisches Theater in Augst, LRV 95/169, Baustelleneinrichtungen. Schriftliche Antwort vom ...

Nr. 446

96/155

Schriftliche Anfrage von Maya Graf vom 10. Juni 1996: Mündigkeitsalter 18 Jahre: Auswirkungen auf die AlimenterbezüglerInnen. Schriftliche Antwort vom ...

Nr. 447

96/156

Bericht der Landeskanzlei vom 10. Juni 1996: Nachrücken in den Landrat / Anlobung von Elisabeth Nussbaumer, Arisdorf

://: Zu allen Vorstösse keine Wortmeldungen.

*Für das Protokoll:
Eugen Lichtsteiner, Landeskanzlei*

*

Nr. 448

Überweisungen des Büros

Landratspräsidentin **Liselotte Schelble** gibt Kenntnis von folgenden Überweisungen:

96/139 Bericht des Regierungsrates vom 21. Mai 1996: Überprüfung und Neuregelung der Beitragsleistung an das Wohn- und Bürozentrum für Körperbehinderte (WBZ) in Reinach ab 1996; **an die Volkswirtschafts- und Gesundheitskommission**

96/147 Bericht des Regierungsrates vom 4. Juni 1996: Transportrisikoanalyse Strasse Basel-Landschaft; **an die Umweltschutz- und Energiekommission**

Petition von Thomas Meier, Pratteln, vom 2. Juni 1996 für ein obligatorisches zehntes Schuljahr; **an die Petitionskommission**

Petition von Thomas Meier, Pratteln, vom 2. Juni 1996 für ein "Projekt Medizinmann"; **an die Petitionskommission**

*Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär*

*

Nr. 449

2 96/126 Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission vom 13. Mai 1996: Luftreinhalteplan beider Basel; Standortbestimmung 1995 und Nachfolgestrategie

Jacqueline Halder, Präsidentin der Umweltschutz- und Energiekommission, fasst den Kommissionsbericht zusammen und berichtet ihn in Ziffer 2 dahingehend, dass das Lufthygieneamt beider Basel nicht im Januar des Jahres 1995, sondern des Jahres **1985** geschaffen worden sei. Weiter führt sie aus, dass in diesem Rat inzwischen auch über die *Waldschäden* diskutiert und dabei die Luftverschmutzung als Ursache erkannt worden sei.

In einem Rückblick stellt Jacqueline Halder fest, dass sich die Luft in den 50er und 60er Jahren zu verschlechtern begonnen habe und nennt dafür folgende Hauptgründe:

- wachsender Ressourcen- und Energieverbrauch
- wirtschaftliche Hochkonjunktur
- zunehmende Mobilität.

Mit der Einführung des Umweltschutzes hätte die Luft eigentlich durch verschiedene Massnahmen verbessert werden sollen, Massnahmen, die der Bund in der Folge in der sogenannten Luftreinhalteverordnung festgehalten habe. Gleichzeitig habe er den Kantonen vier Jahre Zeit

gegeben, um Massnahmenpläne zu erarbeiten, und weitere vier Jahre, um diese umzusetzen.

Beide Basel hätten unverzüglich gehandelt und im Jahre 1990 den Luftreinhalteplan beider Basel veröffentlichen - ein umfangreiches Buch mit 73 Massnahmen. Die technischen Massnahmen hätten sich trotz anfänglicher Skepsis (Beispiel: *Autokatalysator*) relativ gut einführen lassen und bald einmal Erfolge gezeitigt. Wegen ihrer zum Teil hohen Kosten habe jedoch fast nur die Grossindustrie sie sich leisten können.

Schwierigkeiten habe die Umsetzung der Massnahmen seit jeher dort bereitet, wo sie den Verkehr - vor allem den motorisierten und individuellen - und die Bequemlichkeit jedes einzelnen tangiert (Beispiele: *Temporeduktionen, Parkplatzaufhebungen*) sowie ein Umdenken (Beispiele: *Umsteigen auf das Velo und den öffentlichen Verkehr*) vorausgesetzt hätten.

Was die Schadstoffe anbelange, habe durch technische Massnahmen die Situation beim Schwefeldioxid und beim Kohlenmonoxid (Verursacher: *Industrie und Hausfeuerungen*) weitgehend entschärft werden können, während sie bei den Stickoxiden (Verursacher: *Verkehr*) und bei den flüchtigen organischen Verbindungen (Verursacher: *Industrie und Gewerbe*) weiterhin als problematisch bezeichnet werden müsse. Die letztgenannten Schadstoffe seien übrigens die Vorläufer der Ozonbildung (vor allem bei *Sonneneinstrahlung*). Im Vergleich zu den 80er Jahren seien zwar auch das NOX um ein Drittel und das CO um ein Viertel zurückgegangen, doch könne die Ziellücke bei diesen beiden Schadstoffgruppen noch nicht einmal als zur Hälfte geschlossen angesehen werden.

Als problematisch stellten sich auch die lungengängigen Streu- und Schadstoffe (wie *Dieselschmutz* und *Benzol*) heraus, und das CO₂, das im Grunde genommen kein Schadstoff, sondern ein Bestandteil der Luft sei, werde in zu starker Konzentration zu einer neuen Bedrohung.

Bei der Luftreinhaltung handle es sich um eine komplexe Aufgabe, die nur mit einer Vielzahl kleiner Schritte auf allen Entscheidungsebenen (*Bund, Kantone und Gemeinden*), die auch über die Ressortgrenzen (*Koordination der Departemente*) hinaus gehen müssten, bewältigt werden könne. Die Geschäftsprüfungskommission des Nationalrats habe denn auch seinerzeit in der mangelnden Kohärenz zwischen den verschiedenen Departementen den Hauptgrund dafür erkannt, dass die Luft nicht im vorgesehenen Ausmass habe verbessert werden können. Die Folgerung aus diesen Erkenntnissen müsse lauten, dass bei allen Entscheiden in den Bereichen

- Verkehr
- Energie
- Raumplanung
- Landwirtschaft
- Finanzen

die lufthygienischen Auswirkungen zu berücksichtigen seien. Die Wirklichkeit sehe leider anders aus, denn wäh-

rend sich die Politikerinnen und Politiker über Ursachen und Grenzwerte stritten und solange nicht handeln zu können glaubten, bis feststehe, wer nun wirklich recht habe, richte die schlechte Luft weitere Schäden an, die in der Schweiz die öffentliche Hand allein schon im Gesundheitsbereich 1,6 Mrd Franken jährlich kosteten.

Sie verweise im übrigen auf die weiteren Ausführungen in ihrem Bericht und bitte den Rat im Namen der Kommissionmehrheit, den Empfehlungen unter Ziffer 6 zu folgen.

Hanspeter Frey schickt voraus, dass vermutlich alle eine saubere, gute Luft wollten, und nur hinsichtlich der Umsetzung dieses Zieles unterschiedliche Auffassungen beständen. Die FDP-Fraktion ziehe einer Radikallösung nach dem Motto "*Koste es, was es wolle!*" eine moderate vor, die einen achtzigprozentigen statt keinen Erfolg zu bringen verspreche. In diesem Sinne beantrage sie dem Rat, vom vorliegenden Bericht bloss Kenntnis zu nehmen und darauf zu verzichten, dem Regierungsrat hinsichtlich § 50 Empfehlungen abzugeben, weil vieles, was im Bericht stehe, als erfüllt betrachtet werden könne und einige Aussagen, wie die über das Wirtschaftswachstum und die Deregulierung, als widersprüchlich bezeichnet werden müssten. Andererseits vermisse seine Fraktion einen Hinweis auf die grosse Eigeninitiative und das Verantwortungsbewusstsein von Industrie- und Gewerbetreibenden.

Das technische Verbesserungspotential sei noch nicht voll ausgeschöpft, und man dürfe sich davon noch einiges versprechen, beispielsweise vom Projekt eines Verkehrsleitsystems.

Heidi Portmann bezeichnet den Kommissionsbericht als gut und zutreffend. Die zweifellos feststellbare Verbesserung der Luft dürfe nicht zum Glauben verleiten, sozusagen wieder "*Gas geben*" zu dürfen, denn die Emissionsziele seien nicht erreicht und der Säureeintrag immer noch zu hoch. Dies zeige, dass die Verbrennung fossiler Energien zu schnell und in zu hohen Mengen erfolge. Die lungengängigen Stäube seien weiterhin ein grosses Problem, dem allein im Kanton Basel-Landschaft der Tod von mindestens 80 Personen pro Jahr angelastet werden müsse.

Heute morgen habe sie im Regierungsprogramm eine Aussage über die eminente Bedeutung sauberer Luft vermisst, obwohl es gerade in dieser Hinsicht auf stärkere Motivationsbemühungen der Regierung ankäme. Auch die sogenannte "Rezeptliste für eine bessere Luft" schlummere immer noch in ihren Schubladen.

Die einstimmige SP-Fraktion nehme vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis und schliesse sich den Empfehlungen bezüglich § 50 an.

Max Ritter findet, dass auch in diesem Bereich zuhause beginnen müsse, was im Vaterland leuchten wolle. Die SVP/EVP-Fraktion nehme vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis und könne auch den Empfehlungen der Kommission in der Erwartung folgen, dass § 50 des Umweltschutzgesetzes künftig noch mehr konkretisiert werde.

Adrian Meury schildert die Aufgaben des Lufthygieneamtes und stellt fest, dass die Luftbelastung durch gewisse Schadstoffe einerseits ansteige und andererseits abnehme, erfreulicherweise sogar unter Werte, die im Jahre 1950 gemessen worden seien. Obwohl in der Frage der Grenzwerte unterschiedliche Auffassungen beständen, sei klar, dass weitere Massnahmen getroffen werden müssten.

Die einstimmige CVP-Fraktion nehme den Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis und schliesse sich den Empfehlungen der Kommission an.

Peter Brunner konstatiert heute im Baselbiet relative Ruhe in der Luftreinhaltepolitik, was sicher auf die Verbesserung der Luftqualität durch Umsetzung verschiedener technischer Massnahmen zurückzuführen sei. Nach einer Phase breiten Konsenses darüber, dass durch Auflagen, Verbote, Vorschriften und marktwirtschaftliche Instrumente die Luftbelastung reduziert werden solle, sei mit der Ablehnung des Niedriggeschwindigkeits-Szenario durch den Baselbieter Souverän und die Ablehnung der ersten Motivationskampagne für eine bessere Luft durch den Landrat eine politische Trendwende eingeleitet worden. Dies liege daran, dass technische Massnahmen auf viel mehr Akzeptanz stiessen als Einschränkungen, die den Einzelnen persönlich stärker tangierten.

In der gegenwärtigen Belastungssituation sei weiterer Handlungsbedarf gegeben, vor allem was das Stickoxid und die flüchtigen organischen Verbindungen angehe. Gefordert seien nebst der Ausschöpfung des technischen Verbesserungspotentials auch Massnahmen bezüglich des Konsumverhaltens jedes Einzelnen, die Verstärkung der internationalen Zusammenarbeit und Harmonisierung, die Umsetzung der Alpeninitiative, die Einführung einer leistungs- und verbrauchsabhängigen Schwerverkehrsabgabe sowie - auf kantonaler Ebene - die weitere Förderung und Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Verkehrs usw.

Die SD-Fraktion nehme vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Maya Graf attestiert namens der Grünen Fraktion vor allem der chemischen Industrie, dass sie ihren Beitrag zur Luftreinhaltung geleistet habe und immer noch leiste. Der sogenannte technische Umweltschutz habe Erfolge gezeigt, und daran dürfe auch nicht gerüttelt werden. Wie bereits mehrfach festgestellt worden sei, habe es hingegen bei jenen Massnahmen gehapert, die auf das Verhalten jeder und jedes Einzelnen abgezielt hätten. Der motorisierte Strassenverkehr habe demnach seinen Beitrag zur Luftverbesserung trotz Einführung der Katalysator-technik noch lange nicht geleistet.

Die Grüne Fraktion nehme vom Bericht in zustimmendem Sinne Kenntnis und beantrage folgende Ergänzung der Empfehlungen gemäss Ziffer 6 des Kommissionsberichts:

1. *Dem Regierungsrat wird empfohlen, die Massnahmen V 1.1 und V 1.2 im Luftreinhalteplan wieder aufzunehmen*

men und dem Landrat eine Vorlage zu Temporeduktionen auf Hochleistungsstrassen und Hauptverkehrsstrassen zu unterbreiten.

2. *Dem Regierungsrat wird empfohlen, beim Bundesrat zu intervenieren, damit die Massnahmen zur Luftreinhaltung, welche in Bundeskompetenz liegen, dringlich verabschiedet werden. Es betrifft dies insbesondere*
- *CO₂-Abgabe*
 - *Leistungsabhängige Schwerverkehrsabgabe*
 - *Tempolimiten: flächendeckende, ganzjährige Einführung von Tempo 100 auf Autobahnen*
 - *Umsetzung des Verfassungsauftrages der Alpeninitiative*
 - *Förderung der Energieeffizienz durch Verbrauchsvorschriften: Massnahmen im technischen Bereich bezüglich Abgasvorschriften bei Personen- und Lastwagen*
 - *alle Massnahmen, um dem Ziel der Kostenwahrheit im Verkehr näher zu kommen.*

Andrea Von Bidder vermisst im Bericht der Umweltschutz- und Energiekommission mit Bedauern konkrete Vorschläge für eine eigentliche Strategie, obwohl unter den 73 Massnahmen viele gute Ideen zu finden seien. Sie hoffe sehr, dass die ermunternde Empfehlung auf der letzten Seite des Berichts der Subkommission 3 der GPK, wonach *vorab im Bereich Verkehr Massnahmen zu treffen seien, welche die Luftqualität massiv verbesserten*, nicht sozusagen im luftfreien Raum verhalte. In diesem Sinne begrüsse sie die Kampagne für eine bessere Luft, die unter Traktandum 3 behandelt werde. Sie unterstütze die Anträge der Fraktion der Grünen wärmstens und danke der Regierung für das konsequente, mutige Bekenntnis, dass der Bau der J2 heute weder ökologisch, noch finanziell verantwortbar sei.

Abschliessend erinnere sie Elsbeth Schneider an den von ihr und Christoph Stutz vor einem Jahr anlässlich einer Pressekonferenz in Aussicht gestellten Anschluss beider Basel an die neue Deutsche Sommersmogverordnung.

Elsbeth Schneider nimmt dankbar zur Kenntnis, dass die Arbeit des Lufthygieneamtes von allen Fraktionen positiv bewertet worden sei.

Wie Hanspeter Frey verspreche sie sich vom Verkehrssystem, das Gegenstand einer derzeit in Vorbereitung befindlichen Vorlage sei, einige Verbesserungen, so eine Verminderung von Staus auf den Hochleistungsstrassen. Einige Mühe bereite ihr hingegen der Antrag der FDP-Fraktion, vom Bericht *nicht in zustimmendem Sinne* Kenntnis zu nehmen, da er unzutreffender Weise impliziere, dass man sich mit den langjährigen Bestrebungen, die Luft zu verbessern, nicht auf dem richtigen Weg befinde.

Sie bitte den Rat, auch den zweiten Antrag der FDP-Fraktion bezüglich § 50 abzulehnen, weil die Regierung mit ihren Umweltverträglichkeitsprüfungen und -berichten der dort verankerten Rechenschaftspflicht nachzukommen pflege und dies auch weiterhin beabsichtige.

Wenn Heidi Portmann von der Regierung stärkere Motivationsbemühungen verlange, müsse ihr entgegengehalten werden, dass das Lufthygieneamt sehr oft demotiviert sei, weil der politische Rückhalt vor allem dann ausbleibe, wenn es um die Durchsetzung von Massnahmen gehe, die von der Bevölkerung persönliche Einschränkungen und Verzicht forderten.

Mit Max Ritter gehe sie darin einig, dass § 50 anzuwenden sei, und Adrian Meury erinnere sie daran, dass die Schweiz wesentlich tiefere Grenzwerte als das umliegende Ausland habe und es deshalb schwierig sei, in dieser Region etwas zu bewegen. Die von Peter Brunner festgestellte Ruhe in der Baselbieter Luftreinhaltepolitik interpretiere sie dahingehend, dass in den letzten Jahren sehr viel verbessert worden sei, so dass selten mehr als 200 Mikrogramm Ozon gemessen werden müssten.

Die beiden Anträge der Fraktion der Grünen empfehle sie dem Rat zur Ablehnung, weil eine solche Massenaufflistung von Massnahmen bei der gegenwärtigen politischen Konstellation ebenso wenig Erfolgsaussichten hätte wie Niedriggeschwindigkeitsszenarien und die von der Kommission verabschiedeten Empfehlungen einen guten Kompromiss darstellten.

Andrea Von Bidder müsse sie leider mitteilen, dass es Baden-Württemberg abgelehnt habe, bei einem Interventionswert von 180 Mikrogramm mitzumachen.

Jacqueline Halder findet es ganz toll, dass auch noch weitere Fraktionen sich bereit erklärt hätten, den Bericht in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen, und sogar die Regierung selbst zugesichert habe, § 50 künftig vermehrt anzuwenden. Zu den Anträgen der Grünen könne sie nur persönlich Stellung nehmen und sie zur Annahme empfehlen.

Peter Tobler erkundigt sich nach der rechtlichen Bedeutung des Zusatzes *“in zustimmendem Sinne”*.

Jacqueline Halder antwortet, dass mit der zustimmenden Kenntnisnahme einmal die Anerkennung der nicht immer einfachen Arbeit des Lufthygieneamtes und dann auch noch die Bereitschaft zu weiterer Unterstützung zum Ausdruck gebracht werde.

Hanspeter Frey erklärt, dass die FDP-Fraktion die Arbeit des LHA anerkenne und im Bericht ein Strategiepapier sehe, das als Planungsgrundlage diene. Elsbeth Schneider habe den Antrag betreffend § 50 falsch interpretiert, denn es gehe seiner Fraktion nicht um dessen Abschaffung, sondern um die Vermeidung von Doppelspurigkeiten.

Andres Klein möchte dem Juristen Peter Tobler eine historische Antwort erteilen und ihn daran erinnern, dass er damals, als er sich vehement für zustimmende Kenntnisnahme von einem Bericht betreffend das Sicherheitsinspektorat eingesetzt habe, den juristischen Unterschied zwischen beiden Formen der Kenntnisnahme anscheinend noch gekannt habe.

Roland Meury interpretiert *zustimmende Kenntnisnahme* so, dass man auch glaube, was im Bericht stehe. Eine blosser Kenntnisnahme laufe aber auch darauf hinaus, dass man sich nur zu Massnahmen bekennen wolle, die nicht weh täten, und nicht einmal den Mut aufbringe, sogenannte unpopuläre Massnahmen zu empfehlen, obwohl sie auf Bundesebene diskutiert würden.

Peter Tobler anerkennt die Arbeit des LHA und erklärt, dass seine Fraktion bei der Strategie bleiben wolle, die sich im Bereich der Luftreinhaltepolitik bisher bewährt habe, nämlich die, das Mögliche zu tun und keinen schönen Utopien nachzuhängen.

Zusatzanträge

://: Der 1. Antrag der Fraktion der Grünen, dem Regierungsrat zu empfehlen, die Massnahmen V 1.1 und V 1.2 im Luftreinhalteplan wieder aufzunehmen und dem Landrat eine Vorlage zu Temporeduktionen auf Hochleistungsstrassen und Hauptverkehrsstrassen zu unterbreiten, wird mit 41:26 Stimmen abgelehnt.

://: Der 2. Antrag der Fraktion der Grünen, dem Regierungsrat zu empfehlen, beim Bundesrat zu intervenieren, damit die Massnahmen zur Luftreinhaltepolitik, welche in Bundeskompetenz liegen, dringlich verabschiedet werden, wird samt Massnahmenkatalog mit 48:25 Stimmen abgelehnt.

Schlussabstimmung

://: Der Antrag der FDP-Fraktion, vom vorliegenden Bericht bloss Kenntnis zu nehmen und auf eine Erwähnung von § 50 in den Empfehlungen zu verzichten, unterliegt mit 47:28 Stimmen den von der Umweltschutz- und Energiekommission beantragten Empfehlungen.

Landratsbeschluss betreffend Luftreinhalteplan beider Basel, Standortbestimmung 1995 und Nachfolgestrategie

Vom 10. Juni 1996

Der Landrat nimmt vom Bericht “Luftreinhalteplan beider Basel, Standortbestimmung 1995 und Nachfolgestrategie” in zustimmendem Sinne Kenntnis.

Der Landrat empfiehlt dem Regierungsrat, dem § 50 Abs. 2 des USG in Zukunft vermehrt Rechnung zu tragen, und in ihren Vorlagen an den Landrat konsequenter Rechenschaft abzulegen über die lufthygienischen Auswirkungen von Projekten und Entscheiden.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär

*

Nr. 450

3 96/51

Berichte des Regierungsrates vom 5. März 1996 und der Umweltschutz- und Energiekommission vom 13. Mai 1996: Kredit für die Mitfinanzierung einer interkantonalen Kampagne für eine bessere Luft gemäss Luftreinhalteplan beider Basel

Jacqueline Halder, Präsidentin der Umweltschutz- und Energiekommission, erinnert daran, dass vor ziemlich genau 3 Jahren in diesem Rat schon einmal über eine derartige Kampagne beraten worden sei. Diese von beiden Basler Kantonen geplante Motivationskampagne hätte wesentlich mehr gekostet als die nun zu behandelnde und sei an die Regierung zurückgewiesen worden mit der Begründung, dass Wirtschaft und Verbände Gelegenheiten geboten werden müsse, sich daran zu beteiligen.

Sie erlaube sich, einige Passagen aus der damaligen Landratsdebatte zu zitieren. Der Kommissionspräsident habe gesagt, *dass etwas geschehen müsse und es in der Verantwortung des Staates liege, mit der Initiative voranzugehen und sich diese etwas kosten lassen dürfe, da ja auch die Luftverschmutzung Geld koste*. Weiter habe er an der Kampagne *die aktive Mitarbeit und das Mittragen durch Verbände, Gewerbe und Produzenten* vermisst.

Die Vertreterin der FDP habe sich in dem Sinne geäussert, dass der *Zustand der Luft immer noch nicht gut sei*. Ihre Fraktion lehne die Durchführung einer Motivationskampagne nicht grundsätzlich ab, nachdem es in Zürich Wirtschaft, Verwaltung und Verbänden gelungen sei, die Aktion *“Zürich heiter!”* auf die Beine zu stellen, und auch das neueste Umweltprogramm der EG beweise, dass viel Gewicht auf die Zusammenarbeit von öffentlicher Hand und Wirtschaft gelegt werden müsse. Dies gelte auch für den Kanton Basel-Landschaft.

Jemand von der Fraktion der Grünen habe in bezug auf die Beteiligung der Wirtschaft erklärt, dass *der Weg der Freiwilligkeit begangen werden solle, solange er sich als gangbar erweise*, und ein weiterer Sprecher dieser Fraktion habe hinzugefügt, dass *Verhaltensänderungen im Umweltschutz unerlässlich und in folgenden drei Stufen erreichbar seien*:

1. Motivation
2. Gebote
3. Lenkungsabgaben.

Was damals der *“Luftikus”* - eine überall präsente Figur mit erhobenem Mahnfinger - gewesen sei, solle heute der *DollAir* - eine OeKO-Währung nach dem Prinzip der Raibattmarken - sein.

Beim vorliegenden Konzept einer nationalen Kampagne handle es sich zur Zeit noch um einen Grobentwurf, weil man nicht allzu viel investieren wollen, solange ihr Zustandekommen noch nicht sicher gewesen sei. Heute stehe dies fest, weil die Mehrheit der Kantone ihre Beteiligung bereits zugesagt hätten. Da die Luft heute kaum

besser sei als vor drei Jahren, könne eine solche Kampagne durchaus nicht als überflüssig angesehen werden. Im Gegensatz zum *“Luftikus”* mit dem Drohfinger habe die heutige Kampagne nicht mehr einen moralisierenden, predigthafter Beigeschmack, sondern sie komme ohne Vorschriften oder gar gesetzlichen Zwang aus und belohne die Konsumentinnen und Konsumenten für *luftfreundliches Verhalten*. Die Belohnung erfolge in einer Art OeKO-Währung, mit sogenannten *DollAirs*, die als Zahlungsmittel für ökologischen Konsum, öffentliche Verkehrsmittel und luftschonende Dienstleistungen eingesetzt werden könnten, und gleichzeitig werde über die Vorteile der Produkte oder Leistungen für die Luft informiert. Ein noch zu bildender, sogenannter *“Emissionsrat lege die entsprechenden Kriterien fest*.

DollAirs könnten von der ganzen Bevölkerung erworben, vorläufig jedoch nur von Jugendlichen zwischen 15 und 25 Jahren ausgegeben werden. Diese Einschränkung werde aus Kostengründen vorgesehen. Die öffentliche Hand leiste nur die Anstossfinanzierung, getragen werden solle die Kampagne aber von der Wirtschaft, und zwar freiwillig nach dem Motto: *Ein interessierter Marktteilnehmer setzt Mittel ein, um eine Verhaltensänderung zu bewirken, die per Saldo mehr Ertrag generiert als sie Kosten verursacht*.

Während Eintreten in der UEK unbestritten gewesen sei, habe eine Minderheit kritisiert, dass Industrie und Gewerbe bereits massive Umweltvorschriften, die auch etwas gebracht hätten, auferlegt worden seien und den Unternehmungen im Hinblick auf die Konkurrenzfähigkeit keine weiteren Belastungen mehr zugemutet werden dürften. Zudem sei auf die Umweltschutzaktivitäten der *Schweizerischen Vereinigung für ökologisch bewusste Unternehmensführung* und die daran beteiligten, hochkarätigen Unternehmungen hingewiesen worden. Ferner habe die Minderheit noch geltend gemacht, dass nach den Erfahrungen mit der ersten Luftkampagne die öffentliche Hand sich aus solchen Aktivitäten heraushalten sollte, weil diese letztlich nur wieder neue Bestimmungen zur Folge hätten. Die Mehrheit habe argumentiert, dass die Aktion aufgrund ihrer Freiwilligkeit voll im Interesse einer freien Marktwirtschaft liege. Sie hoffe allerdings, dass sie nicht zu noch mehr Konsum verführe.

Urs Steiner erklärt, dass die FDP-Fraktion sich zum Betreiben eines aktiven Umweltschutzes bekenne, aber diese Vorlage in einen grösseren Zusammenhang stelle. Erstens müssten die in den letzten Jahren im Umweltbereich durch gesetzliche Vorschriften erreichten Verbesserungen und zweitens die freiwilligen Aktivitäten von Gewerbe und Industrie berücksichtigt werden. Die völlig offene Ausgangslage bei der hier beratenen Vorlage sei einerseits ein Vorteil, andererseits jedoch berge sie die grosse Gefahr, dass die Aktion eine unbegrenzte Eigendynamik entwickeln, zu einem *Fass ohne Boden* werden und den Erlass weiterer Bestimmungen und Auflagen auslösen könnte, was der Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft gerade in diesen Zeiten nicht bekömmlich wäre.

Die FDP-Fraktion halte es nicht für eine Aufgabe des Staates, solche Informationskampagnen zu subventionie-

ren, sondern sehe den Ansatz ganz allgemein im Schulbereich und in privaten Initiativen, wie sie die von der Präsidentin erwähnte Vereinigung OeBU, der namhafte Firmen wie Coop, Migros, IBM usw. angehörten, schon seit einiger Zeit entfalte. Dass gerade diese Vereinigung, die Basler Handelskammer und andere Wirtschaftsorganisationen von der *Kampagne für eine bessere Luft* nichts wüssten, deute nicht auf eine optimale Zusammenarbeitsbereitschaft hin und sei keine gute Voraussetzung für das Funktionieren der Oeko-Währung DollAir.

Die Erhaltung und Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen blieben auch aus Sicht der FDP-Fraktion eine zentrale Herausforderung dieser Zeit, doch müsse die Umweltpolitik versachlicht und vor allem entpolitisiert werden. Mehr Marktwirtschaft im Umweltschutzbereich sei notwendig.

In der Hoffnung, dass die DollAir-Aktion auf freiwilliger Basis bleiben und in Zusammenarbeit und Koordination mit der Wirtschaft und ihren Verbänden erfolgen, dass es aus dem Projekt kein *Fass ohne finanziellen Boden* geben werde, aber auch, weil die FDP-Fraktion kein anderes Patentrezept habe, könne eine schwache Mehrheit dem Antrag der Regierung zustimmen.

Für das Protokoll:
Erich Buser, Protokollsekretär

*

Heidi Portmann: Die SP stimmt dieser Vorlage einstimmig zu. Es besteht damit die Möglichkeit, sowohl zu motivieren als auch zu belohnen.

Hans Schäublin: Die SVP/EVP-Fraktion kann diesem Kredit ebenfalls zustimmen. Nutzniesser sind Industrie und Gewerbe.

Uwe Klein: Die Luft kann durch relativ geringe Massnahmen verbessert werden. Es sind Massnahmen gefragt, welche nicht moralisierend wirken. Die CVP kann diese Massnahmen unterstützen. Da alles freiwillig ist, teilt er die gewissen Ängste der Wirtschaftskreise nicht.

Peter Brunner: Die Schweizer Demokraten haben die seinerzeitige Motivationskampagne abgelehnt, weil die Kosten in keinem Verhältnis zum möglichen Nutzen standen. Die hier vorgeschlagene Kampagne scheint hingegen sinnvoll zu sein. Es kann damit langfristig ein Umdenkenprozess ausgelöst werden. Die Mehrheit der Fraktion kann der Vorlage zustimmen.

Maya Graf: Auch die Grünen können die Vorlage einstimmig unterstützen. Es ist zwar nur ein Tropfen auf den heissen Stein, aber trotzdem ist dies wichtig. Man versteht eigentlich nicht, warum eine ausgelöste Eigendynamik schlecht sein soll.

Andres Klein: Urs Steiner sagt, es könne nicht Aufgabe des Staates sein, eine Motivationskampagne finanziell zu unterstützen. Nachdem man aber dem Gesetz in dieser Form einmal zugestimmt hat, ist nicht einzusehen, weshalb eine staatliche Unterstützung nicht möglich sein soll.

Rita Kohlermann: Die FDP-Fraktion lehnt die Vorlage nicht ab, sondern eine komfortable Mehrheit stimmt ihr zu. Der Konsum soll auf ökologisch unbedenkliche Produkte umgelenkt werden.

Peter Minder: Eine Minderheit der SVP/EVP-Fraktion lehnt diese Vorlage ab. Es handelt sich lediglich um ein Lippenbekenntnis. Man soll hier einem Kredit zustimmen, der überhaupt nichts nützt.

Ernst Thöni: Man kann diesem Geschäft tatsächlich mit einer gewissen Skepsis gegenüberstehen. Was die Industrie bisher gemacht hat zur Verbesserung der Luftqualität, hat viel Geld gekostet. Hier werden nun jene belohnt, welche einfach versuchen, gut wegzukommen. An jedes verkaufte Bahnbillett haben wir unseren Beitrag zu leisten. Hier sollen wir nun für jedes mit DollAir gekaufte Billett noch einmal bezahlen.

Elsbeth Schneider: Es zeichnet sich ab, dass eine grosse Mehrheit des Rates der Vorlage zustimmen wird, und das ist erfreulich. Wir wären der 21. Kanton, welcher zustimmt. Sie ist durchaus der Meinung, dass es zur staatlichen Aufgabe gehört, eine solche Motivationskampagne durchzuführen. Die Wirtschaftsverbände sind noch nicht involviert worden, weil man zuerst Ideen sammeln möchte. Dann aber soll mit der Wirtschaft zusammengearbeitet werden.

Landratsbeschluss

Ziffer 4 kann gestrichen werden.

://: Mit grossem Mehr gegen 8 Stimmen wird dem unterbreiteten Landratsbeschluss zugestimmt.

Landratsbeschluss betreffend eines Kredites für die Mitfinanzierung einer interkantonalen Kampagne für eine bessere Luft gemäss Luftreinhalteplan beider Basel

Vom 10. Juni 1996

Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft beschliesst:

1. Der Durchführung einer Informations- und Motivationskampagne im Rahmen des Luftreinhalteplans beider Basel wird zugestimmt.
2. Der Landrat des Kantons Basel-Landschaft, auf Antrag des Regierungsrates, stimmt der Mitfinanzierung einer interkantonalen Kampagne für eine bessere Luft mit Gesamtkosten von Fr. 270'000.– zu.
3. Der erforderliche Kredit von jährlich Fr. 80'000.– als Kostenanteil des Kantons Basel-Landschaft für die

Jahre 1997-1999 wird zu Lasten der Bau- und Umweltschutzdirektion, Lufthygieneamt beider Basel, Pos. 2371.318.20 bewilligt.

*Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär*

*

Nr. 451

4 96/103

Postulat von Eva Chappuis vom 18. April 1996: Inkonvenienzentschädigung und Entschädigung für Pikettdienste

Regierungsrat Hans Fünfschilling: Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab. Ohne den letzten Satz hätte man den Vorstoss entgegennehmen können, nicht aber mit dieser Forderung. Gegenwärtig arbeitet man an der neuen Besoldungsordnung. Es geht nicht an, kurz vorher eine derart gravierende Änderung im Besoldungswesen einzuführen.

Eva Chappuis wäre grundsätzlich bereit, diesen letzten Satz herauszunehmen. Laut § 27 des Beamtengesetzes ist der Landrat gehalten, die Löhne und Zulagen der allgemeinen Teuerung anzupassen. Gerade diese Pikettzulagen sind aber der Kompetenz des Landrates entzogen, aber seit 10 Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst worden. Von diesen Entschädigungen sind Leute betroffen, welche immerhin bereit sind, während 24 Stunden am Tag für den Kanton tätig zu sein, und das erst noch unter erschwerten Bedingungen. Es geht nicht an, genau diese Leute mit einer Lohneinbusse zu bestrafen. Wenn der 1. Januar 1997 aus irgendwelchen Gründen nicht eingehalten werden kann, ist sie bereit, diesen Satz zu streichen.

Adolf Brodbeck: Die FDP lehnt dieses Postulat einstimmig ab. Es geht einerseits um die Inkonvenienz-, andererseits um die Pikettentschädigungen. Es stimmt zwar, dass diese Zulagen seit längerer Zeit nicht mehr der Teuerung angepasst wurden. Es heisst aber in der Verordnung zum Beamtengesetz ganz klar, dass diese Zulagen nicht der Teuerung unterworfen seien. Der Vergleich mit unseren umliegenden Kantonen zeigt im übrigen, dass die Ansätze in Baselland durchschnittlich um 30 % höher sind. Es besteht eindeutig kein Handlungsbedarf. Beim Pikettdienst ist ein Vergleich schwieriger, weil jeder Kanton eine andere Lösung hat. Aber auch hier liegt Baselland ungefähr im Mittelfeld der Kantone. Sofern der Landrat dem Hauptprojekt Besoldung zustimmt, wird man diese Zulagen ebenfalls überprüfen müssen, handelt es sich doch klar um einen Lohnbestandteil.

Peter Holinger: Auch die SVP/EVP lehnt das Postulat ab. Im Quervergleich zur Privatwirtschaft zahlt der Kanton sicher gute Löhne. Bei Stellenantritt wissen die Leute zudem, was sie an Lohn zu erwarten haben. In einer Zeit mit derart breiter Talsohle liegt dieses Postulat quer in der Landschaft.

Adrian Meury: Die gleichen Argumente bewegen auch die CVP, das Postulat abzulehnen. Das ganze ist im Zusammenhang mit der Besoldungsordnung zu prüfen.

Urs Wüthrich: Der Regierungsrat selbst hat offenbar eingesehen, dass sich auf diesem Gebiet etwas bewegen muss, denn immerhin hat er eine Arbeitsgruppe einge-

setzt, welche sich mit diesem Thema befassen soll. Darum kann man das Postulat überweisen.

Hans Fünfschilling: Alle Anpassungen, welche kostenrelevant sind, sollen erst im Rahmen der Besoldungsrevision an die Hand genommen werden. Wenn er das Postulat entgegennimmt, dann in dem Sinne, dass es zuhanden der Besoldungsrevision geprüft werden soll. Eine Anpassung dieser Zulagen wäre nur möglich, wenn sie nicht kostenrelevant wären.

Eva Chappuis: Auch wenn sie nicht ganz befriedigt ist, ist sie mit der Streichung des letzten Satzes einverstanden.

://: Mit 33 : 31 Stimmen wird das Postulat abgelehnt.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 452

5 96/83
Postulat von Peter Brunner vom 25. März 1996: Schaffung einer Fachkommission Wasserbau

Elsbeth Schneider: In den vergangenen Jahren sind alle diese Anlagen naturnah gestaltet worden, sofern dies technisch möglich war. Der Regierungsrat ist der Meinung, dass keine zusätzliche Kommission nötig sei. Es ist auch die landrätliche Bau- und Planungskommission, welche sich jeweils ebenfalls mit derartigen Projekten befasst. Sie bittet darum, das Postulat nicht zu überweisen.

Peter Brunner: Es gibt in unserem Kanton heute tatsächlich einzelne Vorzeigeprojekte. Andererseits aber kommt man sich oft vor, als befände man sich an der Grenze zur früheren DDR. Er ist deshalb der Meinung, es wäre sinnvoll, eine derartige Kommission einzusetzen. Eine solche würde nicht mehr Geld kosten als eine Arbeitsgruppe. Er bittet, das Postulat zu überweisen.

Danilo Assolari beanstandet den ersten, unsachlichen und die Fachleute diffamierenden Satz des Postulates. Der Kanton hat bezüglich Wasserbau in den letzten Jahren viel geleistet. Die Methoden sind seit Jahren bekannt und werden auch entsprechend angewendet. Eine solche Wasserbaukommission, wie der Postulant sie will, braucht es gar nicht. Wo Korrekturen vorgenommen werden, werden die ökologischen Gesichtspunkte immer berücksichtigt. Die CVP lehnt das Postulat ab.

Max Ribl kann sich dem Votum des Vorredners anschliessen. Die Bau- und Planungskommission hat solche Projekte jeweils immer sehr gründlich beurteilt.

Dominic Speiser: Die SP lehnt das Postulat einstimmig ab. Im Sinne einer effizienten Ratsarbeit verzichtet er auf eine weitere Begründung dieser Ablehnung.

://: Das Postulat wird mit grossem Mehr gegen vereinzelte Stimmen abgelehnt.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

Nr. 453

6 96/70
Interpellation von Bruno Krähenbühl vom 14. März 1996: Erhaltung bzw. Ausbau der Standortattraktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaftsregion "Nordwestschweiz". Antwort des Regierungsrates

Regierungsrat Eduard Belser: Nach all dem, was man in den vergangenen Wochen gehört hat, sind die hier gestellten Fragen verständlich. Sie können wie folgt beantwortet werden.

1. Die Region Nordwestschweiz ist noch immer ein guter Wirtschaftsstandort mit guter Attraktivität, nicht zuletzt dank der wirtschaftlichen Stabilität. Die Bewahrung dieser Attraktivität wird aber immer schwieriger. Es geht in unserer Region einerseits um den direkten Abbau von Arbeitsplätzen, dann aber auch um Einbussen der Zulieferindustrie. Der Anteil der internationalen Konzerne ist klar rückläufig. Die Prosperität der Region ist also durch diese Unternehmen keineswegs gesichert. Der Regierungsrat möchte darum die Standortfaktoren verbessern, um in Europa weiterhin konkurrieren zu können.

2. In Baselland ist auch der Maschinenbau, die Elektronik und andere Bereiche stark vertreten, in denen immerhin rund 17 % aller Arbeitnehmer beschäftigt sind. Detailzahlen für die einzelnen Branchen hat man allerdings nicht.

3. Dies hängt von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ab. Es ist immer die Leistungskraft, welche hier entscheidend ist. Wenn man nicht entsprechende Produkte oder Leistungen anbieten kann, nützt auch eine gute Währungssituation nichts. Eine positive Grundstimmung ist meist ein günstiger Motor für alles wirtschaftliche Handeln. Als Regierungsrat kann man hier allerdings nicht direkt eingreifen.

4. Der Regierungsrat lehnt die Genschutzinitiative ab. Man anerkennt, dass es sich dabei um eine der Schlüsseltechnologien handelt. Man setzt sich für eine Förderung dieser Technologie in kontrolliertem Ausmass ein. Die Frage ist natürlich, ob diese Zusammenarbeit überhaupt erwünscht ist.

5. Gemäss neuem Universitätsvertrag ist Baselland auch im Universitätsrat vertreten. Es ist klar, dass die Universität auch in dieser Frage eine zentrale Stellung einnimmt. Die Departemente der Uni sind aufgefordert, die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft zu intensivieren. Für die IBB ist diese Zusammenarbeit schon seit Jahren integraler Inhalt ihres Auftrages. Mit der Umwandlung in eine Fachhochschule wird diese Zusammenarbeit noch verstärkt werden.

6. In den letzten Jahren hat man verschiedene Anstrengungen unternommen, so u.a. z.B. die Lehrerfortbildung neu konzipiert.

7. Diese Stelle ist nun seit anfangs April tätig, und unser Kanton kann diese Tätigkeit mit beeinflussen. Mit der Wirtschaftsförderung ist allerdings keine spezielle Forcierung einer einzelnen Branche vorgesehen. "Man nimmt, was kommt". Es soll jede Sparte eine Entwicklungschance erhalten. Er sieht auch keine radikale Abkehr von der chemischen Industrie, aber man sieht Möglichkeiten, dass in deren Umfeld weitere Unternehmen entstehen können. Es wäre aber nicht sinnvoll, etwas völlig anderes forcieren zu wollen. Vorhandenes know how soll durchaus weiterhin genutzt werden.

8. Gesuchsteller erhalten 30 Tage nach Einreichung Bescheid über den Stand ihres Gesuches. Eine Verbesserung soll diesbezüglich auch mit dem neuen Baugesetz erreicht werden. Industrielle Bauvorhaben scheitern aber kaum einmal an unseren Fristen.

9. Wesentlich sind die steuerlichen Voraussetzungen, sodann aber auch eine gute Infrastruktur. Wir können auch versuchen, Einfluss zu nehmen auf ein weltoffenes, wirtschaftsfreundliches Klima.

10. Der Wirtschaftsförderungsfonds der Kantonalbank weist eine Grösse von gegenwärtig rund 20 Mio Franken auf, wovon etwa 4 Millionen in Anspruch genommen sind. Es ist aber klar, dass die Kantonalbank nicht andere Unternehmen gefährden darf, indem sie schlechte Risiken eingeht.

11. Man ist durchaus bereit, mit den Partnern - Arbeitgeber und Arbeitnehmer - zusammensitzend. Hier sind aber Grenzen gesetzt. Es hängt von diesen Partnern selbst ab, ob ein derartiges Gespräch überhaupt sinnvoll ist. Die Bereitschaft des Regierungsrates ist aber vorhanden.

12. Der Kanton hat selbst nur bescheidene Möglichkeiten. Wir haben aber noch immer eine Gesetzgebung, welche bis weit nach unten vieles im Detail regelt.

Bruno Krähenbühl beantragt Diskussion, welche mehrheitlich beschlossen wird.

Er ist sehr froh, dass der Regierungsrat die Standortattraktivität nach wie vor positiv beurteilt. Zum Thema Risikokapital: Ein Bankenvertreter hat anlässlich eines Anlasses erklärt, dass solches in genügendem Ausmass vorhanden sei, es würden aber die jungen Leute fehlen, welche bereit seien, in Schritt in die Selbständigkeit zu wagen.

Hans Ulrich Jourdan: Zu den guten Rahmenbedingungen gehören auch gute Verkehrsbeziehungen! Wenn es nötig ist, bietet der Regierungsrat seine guten Dienst immer an. Das ist aner kennenswert.

Damit ist die Interpellation erledigt.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 454

7 96/84

Postulat von Peter Brunner vom 25. März 1996: Fiskalische Massnahmen zur Förderung und Erhaltung von Arbeitsplätzen

://: Das Postulat wird einstimmig überwiesen.

Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär

*

Nr. 455

8 96/108

Interpellation von Peter Brunner vom 18. April 1996: Massnahmen zur Sicherstellung einer gesunden Fleischversorgung im Kanton Basel-Landschaft. Antwort des Regierungsrates

Eduard Belser: Im Zusammenhang mit dem neuen Lebensmittelgesetz zeichnen sich gewisse Änderungen ab. Danach muss auch die Tierhaltung einbezogen werden. Gemäss Lebensmittelgesetz setzen die Kantone Fachleute ein. Soweit die Lebensmittelkontrolle in den Bereich des Kantonstierarztes fällt, sind insgesamt etwa 900 Betriebe betroffen. Die gestellten Fragen können wie folgt beantwortet werden.

1. Landwirtschaftsbetriebe werden im Rahmen der Tierenschutzgesetzgebung kontrolliert. Dabei werden auch Aspekte der Lebensmittelgesetzgebung mitgeprüft. Insgesamt handelt es sich um rund 600 Betriebe.

2. In Baselland sind keine besonderen Kontrollen durchgeführt worden. Die Landwirtschaft ist via Medien ausreichend informiert worden, dass diese Verfütterung nicht mehr statthaft sei.

3. Art. 31 der Hygieneverordnung gibt die Möglichkeit, Stichproben durchzuführen. Der Regierungsrat erachtet es als notwendig, dass diese Vorschriften eingehalten werden, und er ist darum für eine lückenlose Schlachtviehkontrolle.

4. Hier stellt sich die Frage, ob man diese Arbeit mit der heutigen Organisation und dem heutigen Personalbestand bewältigen kann. Immerhin hat der Landrat den Kredit für den Kantonstierarzt um 20 % reduziert. Wenn man dieser Forderung des Interpellanten nachkommen wollte, wären zusätzliche Kapazitäten im Veterinärwesen erforderlich.

Damit ist die Interpellation erledigt.

*Für das Protokoll:
Hans Artho, Protokollsekretär*

*

Für die Richtigkeit des Protokolls

Im Namen des Landrats

die Präsidentin:

der Landschreiber:

Die nächste Landratssitzung findet statt am

Mittwoch, 19. Juni 1996, 16.00 Uhr

*